Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 8

Artikel: Die sozialdemokratische Gemeindepolitik in Schweden
Autor: Lindsturm, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329676

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

verwaltungskörper zu drosseln. Die Aussichten für die Zukunft sind düster und der Selbstverwaltung in der Tschechoslowakei stehen für die nächste Zeit die schwersten Kämpfe bevor.

Die sozialdemokratische Gemeindepolitik in Schweden.

Von Richard Lindsturm, Stockholm.

Die schwedische Sozialdemokratie hat eine relativ starke Stellung in den kommunalen Verwaltungen erobert. Nicht eine einzige von den 112 schwedischen Städten ist ohne Sozialdemokraten in den Stadträten. In 31 Städten besitzt die Arbeiterpartei die Majorität. Von diesen haben 24 eine vollständig sozialdemokratische Majorität; in den übrigen 7 Städten haben sie zusammen mit den Kommunisten die Mehrheit. Die 6 größten Städte haben alle Arbeitermajorität, nämlich Stockholm, Göteborg, Malmö, Norrköping, Helsingborg und Gävle. In sämtlichen diesen Städten haben die Sozialdemokraten das Präsidium in den Gemeinderepräsentationen, welche durch das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen, welche ihr 23. Altersjahr überschritten haben, gewählt werden.

Nimmt man die 25 größten Städte, findet man, daß 13 von diesen Arbeitermajorität haben, 10 bürgerliche Majorität, und daß in 2 Städten die Arbeiter- und die bürgerlichen Parteien gleich stark sind. Die Sozialdemokratie ist in 49 Städten die größte Partei. Relativ schwach steht die Partei dagegen in den kleineren Städten, welche in der Regel nicht besonders industrialisiert sind. Nehmen wir die 35 kleinsten Städte, so finden wir, daß die Arbeiterpartei nur in einer davon die Majorität hat. Teilen wir alle Städte des Landes in zwei Hälften, erhalten wir unter den 56 in die Gruppe von größeren Städten 24 mit Arbeitermajorität, dagegen haben unter den 56 kleineren Städten nur 7 eine Arbeitermehrheit. Die Sozialdemokratische Partei hat im ganzen Lande 1396 Mandate von sämtlichen 3454 Gemeinderäten (Städte-Bevollmächtigte) inne, das will sagen: mehr Plätze als irgendeine andere Partei. Die Kommunisten, welche in der Gemeindepolitik nichts anderes zu tun haben, als der Sozialdemokratie zu folgen, besitzen im ganzen Lande zusammen 118 Mandate.

Zuverlässige statistische Aufstellungen über die zirka 2000 Landgemeinden, von welchen viele sehr klein sind, besitzt man nicht, weil die Wahlen in diesen oft ganz andern Linien als den politischen folgen. Die Sozialdemokratische Partei hat indessen eine starke Stellung auch auf dem flachen Lande und besitzt in der Regel die Majorität in den größern industrialisierten Landgemeinden. Eine große Anzahl Arbeiter sind dann auch Gemeindevorsteher in den Gemeindeverwaltungen.

Wichtige Gemeindefunktionen, besonders im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen, liegen den provinziellen Repräsentationen, den

sogenannten „Landsting", ob. Außer den „Landsting" stehen die vorher erwähnten 6 größten Städte, welche in allen Beziehungen ihre eigenen, selbständigen Gemeindeverwaltungen haben. Die Sozialdemokratische Partei ist die größte Partei in 12 von den 24 „Landsting", und die Arbeiterpartei besitzt die absolute Majorität in 7 „Landsting", während in einem die Sozialdemokraten und die Bürgerlichen gleich stark sind. Von zusammen 1126 „Landstingsmännern" (Mandate) sind 441 Parteigenossen, und keine andere Partei hat eine so starke Repräsentation. Die Kommunisten haben im ganzen Lande nur 14 „Landstingsmänner" und davon die Hälfte, oder 7 Mandate, im nördlichen Teil des Landes: Norrbotten.

Es ist gegebenerweise unmöglich, daß in einem Aufsatze von dieser Begrenzung mehr als nur eine Andeutung von der Einstellung der sozialdemokratischen Gemeindepolitik in Schweden gegeben werden kann. Es liegt in der Sache der Natur, daß die Sozialdemokratische Partei ihre eroberte Machtstellung dazu benützt, um Verbesserungen für die Notleidenden durchzusetzen. Dies ist in besonders hohem Grade der Fall gewesen in der jetzigen Arbeitslosenperiode. In ganz Schweden gibt es, nach offiziellen Berechnungen, über 60,000 Arbeitslose, aber die wirkliche Ziffer dürfte noch über der erwähnten Zahl liegen. Die bürgerliche Majorität in dem Landesparlament, „Riksdagen", hat ihre Position dazu benützt, um eine in vielen Punkten recht inhumane Ordnung bei Gewährung der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen. In den Gemeinden, besonders in den größeren Städten, wo die Arbeiterpartei über die Mehrheit verfügt, haben die meist abschreckenden Wirkungen der Arbeitslosenpolitik des Staates durch die von einer größeren Humanität geprägten Maßregeln der Gemeinden gemildert werden können. In einem wichtigen Punkte betreffend die Frage der konstanten Unterstützung von Arbeitslosen, welche die Bürgerlichen in der Regel sabotiert haben, hat die sozialdemokratische Gemeindepolitik in der letzten Zeit sogar prinzipiell die staatliche restriktionspolitische Frontlinie durchbrochen.

Wichtige Fragen betreffend die Wohnungsfürsorge waren zu regeln, besonders in der schwersten Zeit: nach dem Kriege. Meistens haben die Bürgerlichen die sozialdemokratische Wohnungspolitik bekämpft, welche aber trotzdem mit gutem Resultat durchgeführt werden konnte, allenfalls wo der Arbeitereinfluß dominierend war. Die positive Unterstützung der Wohnungsproduktion, wie Kreditbewilligungen und anderes mehr, hat doch auch ziemlich Hilfe durch den Staat gefunden, welcher bedeutende Summen für das Gedeihen der sozial so wichtigen Bautätigkeit bewilligte.

Die Gemeindearbeiter und übrigen Angestellten haben in den Sozialdemokraten eine gute Stütze innerhalb der Gemeindeverwaltungen. Die Lage dieser Gruppen ist am besten in den von den Arbeitern regierten Städten. Die größten Arbeitskonflikte zwischen den Gemeindearbeitern und den Gemeindebehörden, welche in den letzten Jahren vorkamen, haben den großen Unterschied zwischen sozialdemokratischer

und bürgerlicher Gemeindepolitik gegen die in öffentlichen Verwaltungen beschäftigten Angestellten und Arbeiter besonders hervorgehoben. Da hat sich gezeigt, daß eine sozialdemokratische Verwaltung eine gute Garantie für eine friktionsfreie Tätigkeit der Gemeindearbeiter ist. In der zweitgrößten Stadt des Landes: Göteborg, sind durch sozialdemokratische Initiative und unter starkem bürgerlichen Widerstand Regeln zur Durchführung des Mitspracherechtes der Arbeiter und Angestellten in den kommunalen Werken und Produktionsunternehmungen angenommen worden, und dieses Exempel wird jetzt in andern Städten nachgeahmt und ist von großer Bedeutung für die Entwicklung der ganzen industriellen Demokratie auf allen übrigen Gebieten Schwedens.

Hier sollen nur einige Andeutungen über die hauptsächlichsten Richtpunkte der schwedischen sozialdemokratischen Gemeindepolitik gemacht werden. Ungeheures ist getan worden, besonders auf dem Gebiet der sozial- und kulturpolitischen Gemeindepolitik. Die Bürgerlichen haben versucht, die Bevölkerung von der sozialdemokratischen Gemeindepolitik abzuschrecken, indem sie behaupteten, daß dadurch riesige ökonomische Lasten auf die Schultern der Steuerzahler abgewälzt werden. Aber in der Wirklichkeit hat es sich gezeigt, daß die sozialdemokratische Gemeindepolitik durch kluge Dispositionen der Mittel sehr sparsam sein kann, im Gesichtspunkt sowohl des einzelnen, wie auch der Gesellschaft. Die oben erwähnte Taktik der Bürgerlichen hörte aber bald auf, als es sich durch klare Ziffern bewies, daß die Gemeindesteuern absolut gar nicht höher sind in den sozialdemokratisch regierten Städten als in den bürgerlichen; in einigen Fällen ist es sogar gerade das Gegenteil. Das seit 1919 sozialistisch regierte Stockholm hat zum Beispiel eine sehr niedrige Gemeindesteuer. Die Einwohner Stockholms kommen in dieser Beziehung ziemlich glimpflich davon.

Zu dem sozialdemokratischen Parteikongreß, welcher im Juni dieses Jahres zusammentritt, liegt ein Antrag zu einem neurevidierten Gemeindeprogramm für die Partei vor. Dieser Vorschlag baut auf die Erfahrungen, welche die Arbeiterklasse während ihrer bisherigen gemeindepolitischen Arbeit gewonnen hat und welche in gewissen Fällen sich über zwei Jahrzehnte erstreckt. Wir erwähnen hier Näheres von den Hauptpunkten des Programms:

Der laufende ökonomische Bedarf der Gemeinden wird von den Steuern gespeist. Mittel werden zurückgestellt für zukünftige kommunale Aufgaben. Darlehen werden begrenzt zu Aufgaben von ganz wichtiger Bedeutung. Rationelle Amortisierungspolitik und Sparsamkeit der Gemeindemittel sollen durchgeführt werden.

Die Gemeinden unternehmen Geschäftsunternehmungen von allgemeiner Bedeutung und lokalem Charakter. Die Tätigkeit, eingerichtet nach dem Bedarf der Konsumenten, muß geschäftsmäßig betrieben werden.

Städte oder stadtähnliche Ortschaften erwerben Grundstücke, welche bebaut oder in der Zukunft es werden. Die Landgemeinden erwerben Pflanzland für Waldbebauungen und Grundstücke zur Einrichtung von

Eigenheimen. Eigentümer, welche Nutzen von der Durchführung des Stadtplanes ziehen, neues Straßennetz, Tramlinien und dergleichen, müssen zur Deckung der erforderlichen Kosten beitragen.

Der Bevölkerung werden gute Wohnstätten zugesichert. Die Gemeinden sorgen für verbilligte Grundstücke, legen Straßen an und vermitteln Baudarlehen zu billigen Zinsen; wirken mit bei der Finanzierung genossenschaftlicher Bautätigkeit und bauen, wenn es notwendig ist, Miethäuser, welche zum Selbstkostenpreis und unter Rücksichtnahme sozialer Gesichtspunkte vermietet werden. Weiter werden Wohnungsinspektionen, Wohnungsstatistiken und Wohnungsvermittlungen durchgeführt und auch geeignete Grundstücke für Pflanzland zur Verfügung gestellt.

Betreffend das Gesundheitswesen stellt das Programm eine ganze Reihe von Forderungen auf, darauf ausgehend, durch effektive Maßregeln die sanitären Gefahren zu unterbinden und durch schnelle durchgreifende Hilfe allen minderbemittelten Kranken beizustehen. In dieser Beziehung wurde übrigens schon vieles gemacht, aber viele Aufgaben warten noch auf ihre Lösung.

Die Gemeinde muß als Musterarbeitgeber dastehen. Die Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter werden jetzt schon in großem Ausmaße durch Kollektivverträge geregelt, aber das Programm fordert, daß dies überall befolgt werden soll. Den im Gemeindedienst Angestellten soll eine Reihe von Vorteilen zugesichert werden, wie Ferien, Pensionen, Krankenunterstützung usw. Die Arbeiten der Gemeinde sollen so geplant werden, daß die Gemeindearbeiter stets beschäftigt werden können, und auch so, daß es möglich ist, die Arbeiten während der Arbeitslosenperioden auszudehnen. Die Erfahrungen der Arbeiter werden durch ihre Mitwirkung in den Betriebsräten zunutze gemacht.

Auf dem Gebiete des Armenwesens werden mehrere wichtige Forderungen aufgestellt, und der letzte Punkt des Programms berührt die Schulpolitik. Zu dieser wird gesagt: Die Volks- und Fortbildungsschulen werden besonders ausgebaut. Freies Schulmaterial an die Schüler. Lehrlings- und Fach- (Gewerbeschulen, Haushaltungs- und Hausfrauenschulen samt Gemeindemittelschulen, wie auch höhere Volksschulen sollen in der Regel eingerichtet werden. Stipendien für Bedürftige für höhere Unterweisungsanstalten. Speisung und Bekleidung von bedürftigen Schulkindern. Schulferienkolonien. Freier Schularzt und Zahnarzt für die Kinder der Volksschule und die Schüler der Fortbildungsschule. Ausbau der Schul- und Volksbibliotheken. Volksschulen und die freie Bildungsarbeit sollen unterstützt werden.

Soweit der Programmvorschlag, welcher mit größter Wahrscheinlichkeit von dem Kongreß angenommen wird. Das Programm ist von einem in der Partei am meisten erfahrenen Gemeindepolitiker ausgearbeitet worden. Eine große Menge der Forderungen, welche im Programm aufgestellt sind, sind doch schon ganz oder teilweise in vielen Gemeinden durchgeführt, besonders in denjenigen, in welchen die Arbeiterklasse die absolute Majorität haben. Aber es gibt noch viele zurückgebliebene Gemeinden, wo es gilt, in einem höheren Grad, als es bis

jetzt der Fall war, die gesamte Arbeiterklasse für die sozialdemokratische Gemeindepolitik zu gewinnen.

Bei den letzten Gemeindewahlen im Herbst 1926 verstärkte die schwedische Sozialdemokratische Partei ihre gemeindepolitische Machtstellung im höchsten Grad. Dies ist der beste Beweis dafür, daß die langjährigen Bestrebungen unserer Partei glückbringend für die Arbeiterklasse gewirkt haben. Symptomatisch ist auch noch, daß bei den erwähnten Gemeindewahlen die Kommunisten durchwegs zurückgingen.

Alles spricht dafür, daß die schwedische Sozialdemokratie, gestützt auf ihr Gemeindeprogramm und auf ihre zukunftsreiche, praktische Gemeindepolitik, auch in der Zukunft ständig Boden gewinnen wird auf diesem für die Arbeiterklasse so unerhört bedeutungsvollen Gebiete.

Sozialdemokratie und Kommunalpolitik in Dänemark.

Von Parteisekretär Alfing Andersen, Kopenhagen.

Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks übt seit vielen Jahren einen sehr großen Einfluß auf die Kommunalpolitik aus.

Nicht nur die Arbeiter, sondern viele andere, haben verstanden, daß die Kommunalwahlen ebenso spannend und entscheidend wie die Reichstagswahlen sind, weil eben die Kommunalpolitik für die Wohlfahrt der kleinen Heimate, für das tägliche Leben der Arbeiterfamilien und anderer kleinen Leute von der größten Bedeutung ist!

Obgleich nur die Mitbürger (mit Frauen), die Gemeindesteuer zahlen, das kommunale Wahlrecht besitzen, so daß jedesmal viele Tausende Arbeiter das Wahlrecht verlieren wegen Arbeitslosigkeit, schwerer Krankheit und dergleichen, ist die Sozialdemokratische Partei jedoch die führende Partei in fast allen Städten, und sie besitzt die absolute Mehrheit in einem Viertel der dänischen Städte.

An der Spitze dieser Städte steht die rote Hauptstadt: **Kopenhagen.** Hier besitzt die Sozialdemokratie die absolute Mehrheit seit 1917, nämlich 31 von 55 Stadtverordneten. Außerdem besteht ein Magistrat, bestehend aus einem Oberpräsidenten (zurzeit einem Parteigenossen, von der sozialdemokratischen Regierung seinerzeit ernannt), 5 Bürgermeistern (davon 4 Sozialdemokraten) und 5 Vizebürgermeistern (davon 2 Sozialdemokraten).

Sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als in dem Magistrat (dieser wird mit Ausnahme vom Oberpräsidenten von den Stadtverordneten alle 8 Jahre gewählt) besitzen wir also jetzt die absolute Mehrheit.

In den Provinzen besitzen wir die Mehrheit in 17 Städten, und dazu kommt, daß wir in 12 andern Städten so stark sind, daß man